

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 3233

der Abgeordneten Ricarda Budke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drucksache 7/8887

Möglicher Abbau von Sanden und Kiese in Uckermark-Barnim

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragestellerin: Im von der Regionalversammlung der Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim gebilligten Entwurf zu bestehenden Vorranggebieten Rohstoffgewinnung sind weitere großflächige Vorbehaltsgebiete für den Abbau von Sand, Kies, Kiessand und Quarzsand im Bereich Buchholz (120 Hektar), Gollin (719 ha), Gollin Nord (101 ha) sowie Götschendorf (196 ha) ausgewiesen worden. Betroffen von der Ausweisung seien demnach mit der Schorfheide, das größte zusammenhängende Waldgebiet Deutschlands, das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin sowie das Naturschutzgebiet Bollwiesen/Großer Gollinsee. Die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen zum Regionalplan-Entwurf endete am 9. Oktober 2023. (vgl. Nordkurier, 14.10.2023: „Kieslagerstätten reichen bis tief in die Schorfheide“ <https://www.nordkurier.de/regional/uckermark/kieslagerstaetten-reichen-bis-tief-in-die-schorfheide-1974798>)

Das Bundesberggesetz (BBergG) nimmt eine rechtliche Unterscheidung zwischen bergfreien und grundeigenen Bodenschätzen vor. Darüber hinaus gibt es weitere Rohstoffe, die als sogenannte Grundeigentümergebiete eingestuft werden. Diese unterliegen allerdings nicht den Regelungen des BBergG. Zu den Grundeigentümergebieten, die nicht im BBergG geregelt sind und landesrechtlichen Bestimmungen unterliegen, zählen im Allgemeinen auch Sande und Kiese. Den grundeigenen Bodenschätzen und Grundeigentümergebieten ist gemein, dass sie Teil des Grundeigentums sind. In anderen Worten: Diese Rohstoffe sind Eigentum des Grundstückbesitzers, auf dessen Grund und Boden sie lagern. (vgl. DNR: Klassifizierung von Bodenschätzen <https://www.dnr.de/themen/glossar/klassifizierung-von-bodenschaetzen>) Allerdings führen Regelungen des Einigungsvertrages und des veralteten Bundesbergrechtes dazu, dass eine unterschiedliche Rechtslage beim Abbau der gleichen Rohstoffe fortbesteht.

1. Welche Schutzgebiete befinden sich in den Vorbehaltsgebieten für den Abbau von Sand, Kies, Kiessand und Quarzsand im Zuständigkeitsbereich der Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim? Bitte Auflisten.

Zu Frage 1: In den folgend aufgelisteten Vorbehaltsgebieten für den Abbau von Sand, Kies, Kiessand und Quarzsand im Zuständigkeitsbereich der Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim befinden sich gemäß Integriertem Regionalplan Uckermark-Barnim (Entwurf 2023) jeweils die genannten Landschaftsschutzgebiete (LSG) bzw. Europäischen Schutzgebiete:

Eingegangen: 04.01.2024 / Ausgegeben: 09.01.2024

1. VB 28 Gollin liegt im LSG „Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin“ (2948-601)
 2. VB 29 Gollin-Nord liegt im LSG „Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin“ (2948-601)
 3. VB 30 Götschendorf-Ost II liegt im LSG „Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin“ (2948-601) und im Europäischen Vogelschutzgebiet „Schorfheide-Chorin“ (2948-401)
 4. VB 31 Götschendorf-Südost liegt im LSG „Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin“ (2948-601) und im Europäischen Vogelschutzgebiet „Schorfheide-Chorin“ (2948-401)
 5. VB 32 Karlsberg West liegt im LSG „Blumberger Forst“ (2750-601) und im Europäischen Vogelschutzgebiet „Schorfheide-Chorin“ (2948-401)
 6. VB 34 Milmersdorf-Ost liegt im LSG „Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin“ (2948-601)
 7. VB 35 Petersdorf-Ost liegt im LSG „Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin“ (2948-601)
 8. VB 43 Althüttendorf-Nord liegt im LSG „Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin“ (2948-601)
 9. VB 44 Basdorf-Süd liegt im LSG „Westbarnim“ (3246-602), (nur Sand, Kies und Kiessand)
 10. VB 50 Schwärzensee liegt im LSG „Barnimer Heide“ (3248-602)
2. Gibt es bereits Unternehmen, die in den Vorbehaltsgebiete den Abbau von Sand, Kies, Kiessand und Quarzsand planen? Bitte auflisten

Zu Frage 2: Über unternehmerische Planungen zu zukünftigen Abbauprojekten hat die Landesregierung keine Kenntnis.

3. Wie viele Stellungnahmen wurden zum Entwurf der Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim abgegeben?

Zu Frage 3: Zum Integrierten Regionalplan (Entwurf 2023) sind in der zweiten Auslegung des Beteiligungsverfahrens (31. Juli - 9. Oktober 2023) insgesamt 319 Stellungnahmen eingegangen. Wieviel Stellungnehmer davon zum Thema Rohstoffe Stellung beziehen, ist noch nicht ausgewertet.

4. Unterliegt der Abbau von Sand, Kies, Kiessand und Quarzsand in den Vorbehaltsgebieten im Zuständigkeitsbereich der Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim den Regelungen von Grundeigentümergebieten oder den Regelungen des Einigungsvertrages, wonach sie sogenannte bergfreie, das heißt nicht zum Grundeigentum gehörende, Bodenschätze darstellen? Sollten die Gebiete zu unterschiedlichen Regelungen gehören, bitte auflisten.

Zu Frage 4: Bezogen auf die o. g. 4 Vorbehaltsgebiete handelt es sich bei Buchholz und Götschendorf um bergfreie Bodenschätze. In den Vorbehaltsgebieten Gollin und Gollin Nord findet derzeit kein Abbau statt, d. h. hier ist noch keine Einstufung in Grundstückseigentümer-, grundeigene oder bergfreie Bodenschätze erfolgt. Die unterschiedliche Zuordnung der Bodenschätze infolge des Einigungsvertrages wurde im Übrigen durch das Gesetz zur Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse bei Bodenschätzen (BodSchVereinHG), welches am 23. April 1996 in Kraft getreten ist, beseitigt. Seitdem richtet sich die Zuordnung im gesamten Bundesgebiet nach denselben Vorschriften, soweit sich aus den Bestandsschutzregelungen des genannten Gesetzes nichts anderes ergibt.

5. Ist es möglich Grundstückseigentümer in den Vorbehaltsgebieten im Zuständigkeitsbereich der Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim - analog wie beim Abbau der Braunkohle - zu enteignen, wenn das Grundstück nicht dem Förderunternehmen zum Abbau von Sand, Kies, Kiessand und Quarzsand zur Verfügung gestellt wird?

Zu Frage 5: Ja, im Anwendungsbereich des Bundesberggesetzes (BBergG) ist das grundsätzlich möglich: Gemäß §§ 77 ff. BBergG kann der Unternehmer eine sog. Grundabtretung beantragen, soweit die Benutzung eines Grundstücks für die Errichtung oder Führung eines Gewinnungsbetriebes oder Aufbereitungsbetriebes notwendig ist. Im Bereich des Steine- und Erdenbergbaus hat die Grundabtretung in Brandenburg allerdings wenig praktische Bedeutung. In den letzten 20 Jahren gab es nur eine strittige Entscheidung. In der Regel wird eine gütliche Einigung erzielt.